

geschlagene Sanierung der Ges. (Zusammenlegung der Vorz.-A. 20:1, der St.-Akt. 40:1 unter gleichzeitiger Wiedererhö. des A.-K.) fiel durch die Opposition (42 991 von 64 358 vertretenen Stimmen) der Vertagung anheim. Die Gruppe Ottenheimer setzte auf Grund ihrer Mehrheit den Beschluß durch, vom Vorstand einen neuen Vergleichsvorschlag bei Gericht einreichen zu lassen, ferner eine Satzungsänderung dahingehend, daß die Ges. in keinerlei Beziehungen zu der neugegründeten Auffanggesellschaft, der Vomag-Betriebs-A.-G., treten kann.

Am 29./4. 1932 wurde das gerichtl. Vergleichsverfahren eröffnet. Verhandlungen zwischen dem Großaktionär und dem Bankenconsortium führten zu keinem Ergebnis, so daß die Verwaltung sich gezwungen sah, ihren Vergleichsvorschlag zurückzuziehen. Daraufhin hat das Gericht am 9./5. 1932 nach Einstellung des Vergleichsverfahrens das Konkursverfahren eröffnet. **Konkursverwalter:** Rechtsanwälte Armin Karl und Dr. Arthur Lehmann in Plauen. Die von den Banken neugegründete Auffanggesellschaft (Vomag-Betriebs-A.-G., A.-K. 300 000 RM) übernahm ab 1./6. 1932 das Werk I der alten Vomag zunächst pachtweise mit einem Verkaufrecht. Das Werk II, in dem Lastkraftwagen und Omnibusse hergestellt werden, bleibt bei der Konkursmasse. Im Mai 1933 wurde die Option auf das Werk I von der Vomag-Betriebs-A.-G. ausgeübt und ging damit in den Besitz dieser Ges. über.

Die Konkursverwaltung berichtet im Juli 1933, daß 1 190 000 RM bevorrechtigte und 11 930 000 RM nicht-bevorrechtigte Forderungen angemeldet worden sind. Die Prüfung ist noch nicht völlig abgeschlossen. An die Bevorrechtigten wurden Abschlagszahlungen geleistet, und zwar auf Lohn- und Gehaltsforderungen bereits 50%. Die Konkursverwaltung ist bestrebt, den Kredit der Tredefina im Laufe der nächsten Monate vollständig abzudecken, damit die aus der Uebereignung dann noch verbleibenden Bestände für die Masse frei werden. Ferner ist die Verwaltung bemüht, das nur gering belastete Grundstück der Bayerischen Vomag-Kraftwagen-Werke, G. m. b. H. i. L., in München zu verkaufen, um den Erlös ebenfalls der Masse zuzuführen. Weitere Aufgaben bestehen in der Verwertung der hochmodernen Werke II und III sowie der für die Masse freien Maschinen, Lastkraftwagen, Ersatzteile usw. — Lt. Mitteil. des Verwalters vom Dez. 1933 werden auf die bevorrechtigten Forderungen nach § 61 Ziffer I KO, außer den bereits bezahlten 50% Mitte Dez. 1933 weitere 20% ausgeschüttet, so daß diese Gläubiger dann 70% erhalten haben werden. Die Konkursverwaltung hofft, auch an die nicht bevorrechtigten Gläubiger eine Quote verteilen zu können. Bei dem ganz außergewöhnlich hohen Stande der bevorrechtigten Forderungen von ca. 1 200 000 RM läßt sich aber zur Zeit noch nicht übersehen, in welcher Höhe und wann dies möglich sein wird. Eine nähere Feststellung zu dieser Frage ist erst dann möglich, wenn der Betrag der zu berücksichtigenden bevorrechtigten Forderungen der angemeldeten Ausfallsforderungen endgültig feststeht.

**Vorstand:** Gen.-Dir. Carl Bauer, Dir. L. Köhler. **Aufsichtsrat:** Vors.: Alb. Ottenheimer, Köln; Stellv.: Staatsbankpräsident Carl Degenhardt, Dresden; Bank-Dir. Gust. Schlieper, Berlin; Bank-Dir. Paul Schmidt-Branden, Berlin; Rechtsanwalt Dr. S. Klein, Köln a. Rh.; Bankier Werner Mankiewitz, Dir. Dr. Alexander Rosenstein, Frankfurt a. M.; Bank-Dir. Gerhard Sachau, Leipzig.

**Kapital:** 8 100 000 RM in 9104 St.-Akt. zu 100 RM, 5995 St.-Akt. zu 1000 RM, 1473 St.-Akt. zu 200 RM sowie 4800 Vorz.-Akt. zu 100 RM u. 420 Vorz.-Akt. zu 1000 RM.

Die Vorz.-Akt. haben Anspruch auf eine Vorz.-Div. von 6% (Max.) mit Nachzahl. u. im Falle der Liqu. auf eine vorzugsweise Befriedig. zu 115%. Sie können seit 1./7. 1925 mit 115% ausgelost werden.

**Vorkriegskapital:** 5 250 000 M.

**Großaktionär:** Albert Ottenheimer, Köln (Majorität).

**Anleihen:** I. 4 000 000 M in 4½% Teilschuldverschreib. von 1919, rückzahlbar zu 102% durch Auslos. ab 1924 in 30 Jahren. Stücke zu 1000 u. 500 M (Aufwert.-Betrag für Obl. mit anerk. Altbesitz 77.75 RM,

für Obl. ohne Altbesitz 46.65 RM für je nom. 1000 M). Die Obl. mit Altbesitz wurden abgest. auf 75 RM bzw. 35 RM u. die Spitzen von 2.75 RM bzw. 3.87 RM bei der Abstempel. bar bezahlt, die übrigen Stücke wurden abgest. auf 45 RM bzw. 20 RM u. die Spitzen von 1.65 RM bzw. 3.32 RM bar bezahlt. Sicherheit: Hypothek zur I. Stelle.

II. 6 000 000 M in 5% Teilschuldversch. von 1920, rückzahlbar zu 100% ab 1925, Aufwert.-Betrag 10,20 RM für nom. 1000 M. Die Stücke von 1000 M wurden abgest. auf 10 RM; bei den Stücken mit anerk. Altbesitz wurde das Genußrecht bei der Abstempl. mit 3,50 RM bar abgefunden. Die Zinsen werden erst bei Fälligkeit des Kap. 1932 gezahlt.

Eine Obligationär-Versammlung vom 22./9. 1932 wählte den Wirtschaftsprüfer Dr. Martin Greiner, Jößnitz b. Plauen als Treuhänder zur Wahrung ihrer Interessen. — Die Verwaltung machte den Obligationären ein Abfindungsangebot, wonach die Obligationäre entweder auf 20% des Nominalbetrages der Teilschuldverschreibungen von 1919 und 1920 sowie auf die rückständigen Zinsen dieser Schuldverschreibungen unter der Voraussetzung verzichten, daß Barablösung zum Kurse von 80% erfolgt dadurch, daß die Teilschuldverschreibungen der Vomag-Betriebs-A.-G., die den Hauptteil der mit den Anleihehypotheken belasteten Grundstücke zu erwerben beabsichtigt, gegen Gewährung des baren Gegenwertes überlassen werden oder auf ihre Ansprüche an die alte Schuldnerin verzichten, sofern die Vomag-Betriebs-A.-G. ihnen gegen Hergabe ihrer alten Teilschuldverschreibungen von 1919 und 1920 neue, hypothekarisch an bereiteter Stelle ihres gesamten Grundbesitzes sichergestellte, ab 1./6. 1932 mit 6% verzinsliche und mit 10jähriger Laufzeit ausgestattete Teilschuldverschreibungen im gleichen Nominalbetrage gewährt. Die Mehrzahl der Obligationäre entschied sich für die 80% Barabfindung. Daraufhin wurden am 20./9. 1933 die Inhaber der in den Jahren 1919 und 1920 ausgegebenen Teilschuldverschreibungen aufgefordert, ihre Stücke (soweit die Anleihe von 1919 in Frage kommt, mit Zinsscheinen per 1. Juli 1932 ff.) bei der Vogtländischen Bank, Abteilung der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Plauen zur Einlösung einzureichen. Die Einlösung einschließlich Zinsen und — soweit die Anleihe von 1920 in Betracht kommt — Zinseszinsen bis 30./9. 1933 erfolgt vom 1./10. 1933 ab mit Anleihe von 1919: 81,56 RM für je nom. 75 RM, 48,94 RM für je nom. 45 RM, 38,06 RM für je nom. 35 RM, 21,75 RM für je nom. 20 RM; Anleihe von 1920: 14,46 RM für je nom. 10 RM.

**Kurs:** Die Notiz in Berlin und Frankfurt a. M. wurde 1932 eingestellt.

**Dividenden 1926/27—1930/31:** St.-Akt.: 4, 6, 8, 0, 0% Vorz.-Akt.: 6, 6, 0, 0%.

**Zahlstellen:** Ges.-Kasse: Berlin, Leipzig u. Frankfurt a. M.; Deutsche Bank u. Disc.-Ges., Dresdner Bank; Berlin: J. Dreyfuß & Co.; Plauen: Vogtländische Bank (Abt. d. Allg. Deutschen Credit-Anstalt); Leipzig: Allg. Deutsche Credit-Anstalt; Frankfurt a. M.: Deutsche Vereinsbank, J. Dreyfuß & Co.; Dresden: Sächs. Staatsbank; Köln a. Rh.: Dresdner Bank.

**Bilanz am 30. Juni 1930:** Aktiva: Grundst. 799 723, Geb. 2 724 000, Betriebsmasch. und Transmissionen 227 000, Werkz.-Masch. 440 010, elektr. Licht- u. Kraftanl. 49 000, Riemen 1, Werkz.- und Fabrikeinricht. 1, Modelle u. Zeichnungen 1, Dampfheizung, Gas- u. Wasserleit. 1, Inv. 1, Feilbänke und Schraubstöcke 1, Waren u. Material. 7 217 777, Kassa 22 036, Guth. beim Postscheckamt 315, Wechsel 2 364 064, Wertp. 25 756, Beteil. 101 253, Außenstände 4 791 030, (Avale 172 477), Verlust 201 566. — Passiva: A.-K. 8 100 000, R.-F. 810 000, Oblig.-Anleihe 218 967, do. Zinsen 14 487, Hyp. 92 646, noch nicht eingelöste Div. 8634, Rückstell. (transitor. Posten) 721 250, Verbindlichkeiten 7 520 973, (Avale 172 447), lauff. Akzepte 1 035 216, Anzahl. 441 364, Sa. 18 963 541 RM.

**Gewinn- u. Verlust-Rechnung:** Debet: Gen.-Unk. 2 378 050, Zinsen 223 760, Abschreib. 733 743. — Kredit: Vortrag vom 1./7. 1929 60 378, Rohgewinn 1929/30 3 073 609, Verlust 1929/30 201 566. Sa. 3 335 554 RM.